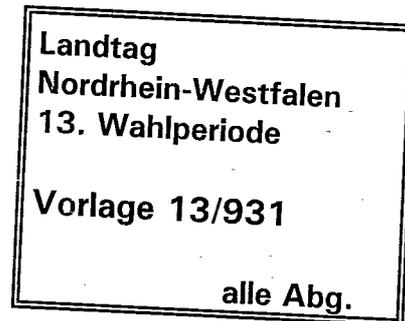


Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)

- Drucksachen 13/1400 und 13/1700 -

Einzelplan 01 - **Landtag**

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 01 gemäß § 28 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatter	Abgeordneter Helmut Diegel	CDU
Berichterstatter/in	Abgeordnete Gisela Walsken	SPD
	Abgeordneter Dr. Stefan Grüll	FDP
	Abgeordnete Edith Müller	GRÜNE

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 01 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 01 am 31. Oktober 2001

1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Abgeordneter Helmut Diegel	CDU
Abgeordnete Gisela Walsken	SPD
Abgeordneter Dr. Stefan Grüll	FDP
Abgeordnete Edith Müller	GRÜNE
Herr Mengel	Praktikant Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ministerialrat Dahnz	Finanzministerium
Oberamtsrat Dürre	Finanzministerium
Ministerialrat Donath	Landtagsverwaltung
Oberregierungsrätin Winands	Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

Der Hauptberichterstatter und die Berichterstatter und Berichterstatterinnen der Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss erörterten am 31. Oktober 2001 den Entwurf des Einzelplans 01 für das Haushaltsjahr 2002 mit den zuständigen Vertretern der Landtagsverwaltung und des Finanzministeriums.

In der Diskussion wurden Fragen zu einzelnen Titeln gestellt. Soweit das Gespräch der Berichterstatter und Berichterstatterinnen zu Informationen geführt hat, die über den Erläuterungsband hinausgehen, sind sie in dem vorliegenden Vermerk dargestellt.

3. Kapitel 01 010 - Landtag

3.1.1 Einführende Erläuterungen durch die Landtagsverwaltung

Der Vertreter der Landtagsverwaltung führte aus, der Entwurf des Einzelplans 01 für das Haushaltsjahr 2002 sei geprägt durch die Änderungen in der Haushaltssystematik und die Umstellung auf den Euro. Der Gesamtumfang des Einzelplans 01 steige unter Berücksichtigung der drei Alternativvorlagen des Präsidenten um 0,5 %; bei Berücksichtigung der Vorschläge der Landesregierung sei eine Absenkung um 1,1 Mio. Euro vorgesehen (zu den Alternativvorlagen im Einzelnen s. Ziffern 3.1.2 bis 3.1.4).

Im Haushaltsplan 2002 seien drei zusätzliche Stellen für Auszubildende in der Landtagsverwaltung ausgewiesen. Die Stellen würden im Haushaltsvollzug 2001 aus den Einzelplänen 03 und 11 für drei Jahre in den Einzelplan 01 umgesetzt. Die Ausbildungsgänge werden in Kooperation mit mittelständischen Unternehmen durchgeführt; so werden z.B.

in Zusammenarbeit mit der Fa. Otaro zwei Köchinnen ausgebildet.

3.1.2 Titel 519 02 - Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen

Der Entwurf des Finanzministeriums sehe bei diesem Titel einen Betrag von 3.495.000 Euro vor, während die Alternativvorlage des Präsidenten des Landtags 3.995.000 Euro betrage.

Der Vertreter der Landtagsverwaltung wies auf die Darstellung des Bedarfs im Erläuterungsband zum Haushaltsplanentwurf 2002 hin (s. Seite 75 ff. des Erläuterungsbandes). Der Bedarf für die Bauunterhaltung im Landtagsgebäude werde zukünftig jährlich ca. 5.000.000 Euro betragen.

Im Haushaltsjahr 2001 seien bereits Mittel veranschlagt worden für die Erneuerung der Diskussionsanlagen im Plenarsaal und in den Fraktionssälen. Nachdem zunächst der Bau- und Liegenschaftsbetrieb mit der Abwicklung dieser Maßnahme beauftragt worden sei, bereite nunmehr ein Architekturbüro die Maßnahme weiter vor. Die Ausschreibung für die Diskussionsanlagen sei zwischenzeitlich erfolgt. Die Mittel könnten im Jahr 2001 nicht in dem vorgesehenen Umfang fließen, so dass die Umbaumaßnahmen für die Villa Horion vorgezogen werden konnten. Die Ausgaben für die Diskussionsanlagen seien daher im Jahr 2002 zu leisten.

Außerdem werden im Haushaltsjahr 2002 voraussichtlich Ausgaben zur Verbesserung der Sicherheitslage erforderlich sein, so dass der im Erläuterungsband dargestellte Maßnahmenkatalog ggf. angepasst werden müsste. Zu den vorgesehenen weiteren Maßnahmen aus Titel 519 02 gehörten u.a. der behindertengerechte Umbau des Gebäudes sowie die Ausstattung der Fraktionssäle mit modernen Projektionseinrichtungen.

Die Vertreter des Finanzministeriums erläuterten, sie hätten jeweils 1 Mio. Euro für den Umbau der Villa Horion und für die Diskussionsanlage zugestanden, die bereits als Verpflichtungsermächtigung des Vorjahres abgesichert waren. Darüber hinaus seien 1,5 Mio. Euro für alle anderen Reparaturleistungen veranschlagt worden.

Auf die Frage der Berichterstatter, welche Maßnahmen für die Verbesserung der Sicherheitslage im Landtagsgebäude vorgesehen seien, erläuterte der Vertreter der Landtagsverwaltung, dass z.B. darüber nachgedacht werde, eine Sicherheitsschleuse zu erwerben.

Der Hauptberichterstatter bat darum, dem Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch eine Auflistung über die geplanten Sicherheitsmaßnahmen mit Angabe der voraussichtlichen Kosten beizufügen. Der Vertreter der Landtagsverwaltung führte dazu aus, zu den Sicherheitsmaßnahmen sei noch keine abschließende Entscheidung getroffen worden. Die erbetene Liste würde daher nachgereicht.

3.1.3 Titel 538 00 - Ausgaben für Datenverarbeitung

Der Entwurf des Finanzministeriums sieht bei diesem Titel Ausgaben in Höhe von 900.000 Euro vor. Die Alternativvorlage des Präsidenten beträgt 1.597.000 Euro.

Der Vertreter der Landtagsverwaltung führte aus, die Datenverarbeitungstechnik des Landtags müsse mit der technischen Entwicklung Schritt halten. Diese Aufgaben müssten zum Teil mit Fremdkräften erledigt werden. Unter anderem sei eine Wissensvernetzung mit anderen Landtagen vorgesehen, um in den einzelnen Parlamenten jeweils vorliegende wissenschaftliche Gutachten zu aktuellen politischen Themen und sonstige Datenbestände über das Internet gegenseitig nutzbar zu machen. Außerdem sei eine Serverkonsolidierung erforderlich, um den Betrieb des Rechenzentrums im Rahmen der Anpassung an die gestiegenen Anforderungen zu optimieren. Weiterhin solle die derzeit auf optischen Speicherplatten vorgenommene Drucksachenarchivierung geändert werden, da die verwendete Speichertechnologie veraltet sei und auch vom Hersteller nicht mehr gewartet werde. Im Jahr 2002 solle der komplette Altbestand des Archivs in das PDF-Format konvertiert werden.

Die Vertreter des Finanzministeriums erläuterten, die umfangreiche Liste der notwendigen Projekte im Bereich der Datenverarbeitung sei ihnen zum Zeitpunkt des Entwurfs des Haushaltsplans nicht bekannt gewesen.

3.1.4 Titel 684 30 - Zuwendungen an kommunalpolitische Vereinigungen zur Heranbildung und Weiterbildung von Bürgern für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung

Der Entwurf des Finanzministeriums sieht bei diesem Titel einen Ansatz in Höhe von 1.498.000 Euro vor. Die Alternativvorlage des Präsidenten enthält Ausgaben in Höhe von 1.931.000 Euro.

Die Vertreter des Finanzministeriums führten aus, zur Herstellung des Haushaltsausgleichs sei auch bei diesem Titel eine Kappung vorgenommen worden.

Der Vertreter der Landtagsverwaltung führte aus, bei den Zuwendungen an die kommunalpolitischen Vereinigungen handele es sich um eine institutionelle Förderung. Die Mittel seien in der beantragten Höhe notwendig.

4. Personalkostenbudgetierung

Die Berichterstatter fragten nach den Überlegungen der Landtagsverwaltung, ebenfalls an dem Modellversuch der Personalkostenbudgetierung teilzunehmen.

Der Vertreter der Landtagsverwaltung erläuterte, der Landtag werde auch im Haushaltsjahr 2002 wegen strukturellen Problemen bei der Bemessung des Budgets nicht an dem Modellversuch Personalkostenbudgetierung teilnehmen. Das Budget werde bei der

erstmaligen Berechnung nach den Istausgaben des jeweils vorletzten Jahres bemessen. In der Landtagsverwaltung waren 1999 aus verschiedenen Gründen mehrere Stellen unbesetzt. Eine Einigung mit dem Finanzministerium über das Budget sei 2001 daher nicht erreicht worden. Die Stellenbesetzungssituation habe sich zwischenzeitlich zwar verbessert; die Basiszahlen für das Jahr 2002 seien jedoch noch nicht befriedigend gewesen.

Helmut Diegel
(Hauptberichterstatter)

Gisela Walsken
(Berichterstatterin)

Dr. Stefan Grüll
(Berichterstatter)

Edith Müller
(Berichterstatterin)